



Fünf Politiker und Branchenvertreter im Gespräch: „Koalitionsvertrag – wo bleibt die Weiterbildung?“

## Konsens beim Rückgriff auf die sechziger Jahre

**Berlin | Die Veranstaltung des Deutschen Weiterbildungstages am 24. April in der Urania in Berlin war ein voller Erfolg. Etwa 70 Teilnehmende diskutierten mit fünf Bundestagsabgeordneten, Sprecherinnen und Obleuten der Fraktionen, zwei Trägervertretern und zwei Gewerkschaftsvertretern die Lage der Weiterbildung in Deutschland zu Beginn der neuen Legislaturperiode.**



Diskutierten Wege der Weiterbildung: **Dr. Roman Jaich** (ver.di), **Ansgar Klinger** (GEW), **Dr. Jens Brandenburg** MdB (FDP), **Dr. Stefan Kaufmann** MdB (CDU), **Jan-Martin Wiarda** (Wissenschafts- und Bildungsjournalist), **Martin Rabanus** MdB (SPD), **Birke Bull-Bischoff** MdB (LINKE), **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** MdB (B'90/GRÜNE), **Hans-Peter Eich** (Bildungsmarkt e.V.), **Siegfried Schmauder**, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft DWT.

Es gab viel Widerspruch, aber auch Konsens in der Einschätzung der Lage und darum, was jetzt zu tun sei. Erstaunlich war der Rückgriff auf die späten sechziger Jahre. Es gibt Forderungen nach einem Weiterbildungsgesetz, das Strukturen und Ressourcen der zersplitterten Weiterbildung in Deutschland zusammenfassen und koordinieren soll. Interessant der Vergleich: Ende der sechziger

Jahre gab es eine ganz ähnliche Situation. Es gab eine florierende Wirtschaft und einen großen Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Es gab den Deutschen Bildungsrat und die Enquete-Kommission. Ähnliches steht jetzt im Koalitionsvertrag. Die damalige Reaktion der Politik war die Schaffung des

**Es gibt Forderungen nach einem Weiterbildungsgesetz, das Strukturen und Ressourcen koordinieren soll.**

Arbeitsförderungsgesetzes, das zum Ziel hatte, für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und zur Vollbeschäftigung beizutragen. Und auch das Berufsbildungsgesetz trat in Kraft, das die vielen zersplitterten Einzelregelungen bei der Berufsausbildung gebündelt und Qualität und Struktur in Ausbildung und Ausbildungsberufe gebracht hat.

Vielleicht könnte die heutige angemessene Reaktion ein Weiterbildungsgesetz sein, oder zumindest - so formulierte es ein Abgeordneter - eine strukturierte Zusammenführung

aller Weiterbildungsregelungen, ähnlich wie die Systematik der Sozialgesetzbücher, die auch in den sechziger Jahren entwickelt wurde.

Die Zersplitterung und Zerstückelung der Weiterbildung wurde beklagt, ebenso die Aufspaltung der Förderung in Bildungs- und Arbeitsministerium. Dass noch viel Koordinierungsbedarf und

Blick über die verschiedenen Tellerränder benötigt wird, wurde besonders beim Thema Digitalisierung deutlich. Hier gibt es großen Handlungsbedarf und auch die Hochschulen könnten Beiträge leisten, wenn die Politik hier endlich die richtigen Anreize setzen würde. Die „Zukunft der Arbeit“ in einer digitalisierten Welt und die damit verbundenen Weiterbildungsnotwendigkeiten sind bei weitem noch nicht so im Fokus, wie dies notwendig wäre.

Konsens bestand darin, dass nicht unbedingt zu wenig Geld „im System“ ist, sondern dass es an Koordination fehlt, damit das Geld fokussiert auf die verschiedenen Bereiche sinnvoll ausgegeben wird.

Ganz wichtig und lobend zu erwähnen bei der Vielzahl der Diskutanten auf dem Podium und der lebhaften Beteiligung des Publikums, war die ausgezeichnete strukturierte klare und straffe Moderation von Jan-Martin Wiarda, Wissenschafts- und Bildungsjournalist.

*Walter Würfel*  
(Siehe auch Beitrag auf Seite 3)

### Inhalt

- Konsens beim Rückgriff auf die sechziger Jahre
- Editorial
- Vier vereinbaren enge Zusammenarbeit
- Tour d'Horizon bei den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Vierte Säule des Bildungssystems bleibt weiterhin Baustelle
- Unter Fachleuten immer noch umstritten – Teilqualifikationen



## Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen und wir haben inzwischen mit vielen für unsere Branche zuständigen Politikerinnen und Politiker erste Gespräche geführt. Dabei haben wir bestätigt bekommen, dass unser Verband ein allseits respektierter Ansprechpartner bei bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Fragen ist. Wir sind im politischen Berlin eine Größe. Unsere langjährige Netzwerkarbeit zahlt sich aus. Wir werden den intensiven Dialog mit der Politik fortsetzen und unsere Positionen, auch gegenüber der Agentur für Arbeit, immer wieder deutlich machen. Als Bildungsverband alleine sind wir schon stark, zusammen mit anderen Verbänden können wir noch stärker werden. Deshalb wollen wir künftig mit dem VDP, der BAG Arbeit und EFAS noch enger zusammenarbeiten und streben ein dauerhaftes Bündnis an, unter Beibehaltung des eigenen Profils. Wir sind der Ansicht, dass es der gesamten Branche zugutekommt, wenn wir offensiv gemeinsame Positionen vertreten. Bei Diskussionsveranstaltungen mit Politikerinnen und Politikern wollen wir beispielsweise künftig zusammen auftreten. Die Einbindung unserer Mitglieder ist und bleibt uns dabei besonders wichtig.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich auf den Deutschen Weiterbildungstag am 26. September aufmerksam machen. Er ist auch eine Art Leistungsschau und Werbung für unsere Forderung, dass Bildung eine herausragende Bedeutung für Deutschland hat und auch entsprechend gefördert werden muss.

Herzlichst Ihr  
Thiemo Fojkar  
Vorsitzender des Vorstandes

## Vier vereinbaren enge Zusammenarbeit

**Berlin | Der Bildungsverband BBB, der Evangelische Fachverband für Arbeit und Soziale Integration EFAS, der Verband deutscher Privatschulverbände VdP und die BAG Arbeit haben schon mehrfach zu aktuellen Themen gemeinsame Veranstaltungen ausgerichtet, etwa zur Flüchtlingsthematik. Als Akteure traten neben Parlamentariern auch Vertreter von Bundesministerien, Bundesagentur für Arbeit und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf. Alle Veranstaltungen waren gut besucht und erfolgreich.**

Als Schlussfolgerung aus der in der Vergangenheit gelungenen gemeinsamen Projektarbeit und der Erkenntnis, dass es viele gemeinsame Themenbereiche und überschneidende Positionen gibt, haben sich die Vorsitzenden und die Geschäftsführungen

der vier Verbände kürzlich zum wiederholten Mal getroffen, um Möglichkeiten einer noch intensiveren Zusammenarbeit auszuloten.

### Positionspapier

Als erstes wurde vereinbart, ein Positionspapier gemeinsam auf den Weg zu bringen, das dann in Politik und Ministerien kommuniziert werden soll, um die gemeinsamen Ziele zu erläutern und darzustellen. Es werden darin Themenbereiche der Verbände beschrieben, die große Schnittmengen aufweisen. Dies sind Förderprogramme bestimmter Zielgruppen, die Integration von Flüchtlingen, die Begleitung und Förderung von Langzeitarbeitslosen, Weiterbildung, berufliche Erwachsenenbildung, Digitalisierung und andere mehr. Die Positionen der Verbände zielen auf die Vereinbarkeit mit den Aussa-

**Fortsetzung auf Seite 4**

## Tour d'Horizon bei den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Am 16. Mai traf sich der Bildungsverband (vertreten durch sein Vorstandsmitglied Dietrich Ponath und seinen Geschäftsführer Walter Würfel) mit dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher Dr. Thomas Strengmann-Kuhn, der Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte Beate Müller-Gemmeke, der Mitarbeiterin von Beate Walter-Rosenheimer, Eleonore Bausch, der Sprecherin für Aus- und Weiterbildung, Kinder und Jugend und dem Referenten für Bildung und Hochschulen, Sebastian Randak, zu einem Gespräch in Berlin.

Die Palette der Themen war breit: Vergaberecht und die Problematik der Ausschreibungen der Bundesagentur, sozialrechtliches Dreiecksverhältnis, Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, Projektförderung und Zuwendungsrecht, aber auch berufsbildungspolitische Themen wie Berufszuschnitte und Teilqualifikationen wurden angesprochen. Ebenso

standen ESF-Förderung, Digitalisierung und Weiterbildung auf der Tagesordnung.

Es war ein offenes und freundliches Gespräch, in dem sich viele Übereinstimmungen fanden, und in dem die Abgeordneten um Informationen aus den Themenfeldern des Bildungsverbandes bat, auch in aktuellen Fragen: „Sie müs-

sen uns füttern“. Die Abgeordneten, die ja letztlich über die Gesetze befinden und abstimmen müssen, sind auf Informationen aus der Praxis, aus dem operativen Bereich der Weiterbildung und der beruflichen Erwachsenenbildung und der Probleme von Förderung und Rahmenbedingungen, auch für das Personal der Träger, angewiesen. Deshalb wurde auch in diesem Gespräch vereinbart, sich wieder zu treffen und bei aktuellen Gesetzgebungsverfahren oder auch Ausschuss-Themen sich rückzukoppeln.

*Walter Würfel*

„Sie müssen uns  
füttern!“

## Experten fordern die bundesweite Regelung der öffentlichen Weiterbildung

# Vierte Säule des Bildungssystems bleibt weiterhin Baustelle

### Das Vorfeld

Die Veranstaltung im April in der Urania zu Berlin war gut besucht. Eingeladen hatte die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Weiterbildungstag (Arge DWT). Vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrages, der für Bildung milliardenschwere Investitionen vorsieht und von den Regierungsparteien gerne als bildungspolitischer Aufbruch gewertet wird, stellten sich Experten aus Politik und Bildungsbranche die Frage „Bildungspolitischer Aufbruch! Wo bleibt die Weiterbildung?“

### Die Thesen

Die Grundlage für die Diskussion zwischen Politik- und Bildungsexperten lieferte Berufsbildungsforscher Prof. Dr. Rolf Dobischat mit diversen Thesen, die der Sprecher der Arge DWT, Siegfried Schmauder, eingangs vortrug und mit eigenen Gedanken anreicherte.

So erinnerte Professor Dobischat daran, dass die ehemals große bildungspolitische Vision, Weiterbildung als „vierte Säule des Bildungssystems“ in öffentlicher Verantwortung auszubauen, gegenwärtig wohl nicht zur Debatte steht. Vielmehr ist die jetzige Verfassung der Weiterbildung durch Strukturprinzipien, marktförmige Steuermechanismen und das subsidiäre Verhalten des Staates gekennzeichnet. Damit einher geht die Zerklüftung durch eine Vielzahl rechtlich-organisatorischer Zuständigkeiten, in deren Konsequenz Weiterbildung vornehmlich mittels spezifischer Programmförderung zu bestimmten Themenfeldern stattfindet. Außerdem führen die Strukturdefizite in der Weiterbildung zu ungleichen Partizipationsmustern und Ausleseprozessen beim Lernzugang und erschweren die Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen.

Trotz Strukturdefiziten, so Dobischat weiter, gab es in den vergangenen Dekaden auch Erfolge. So stieg die Partizipationsquote, während die Beschäftigungslage des Weiterbildungspersonals bei bestimmten Gruppen unsicher und zuweilen prekär war. Als Problemlage wird das unzureichende Niveau staatlicher Weiterbildungsfinanzierung gesehen und der mangelnde Rückgriff der Arbeitsmarktpolitik auf das Instrument

Weiterbildung zur Bewältigung des Fachkräftebedarfes. Insgesamt ist ein höheres Engagement der Bildungsakteure (Staat, Betriebe, Bildungsträger) im Hinblick auf das notwendige Wissen im Kontext der Digitalisierung erforderlich. Letztendlich wird ein umfassender und strategischer Aufbruch zum Thema Weiterbildung im Koalitionsvertrag vermisst.

### Die Diskussion

Der Bildungs- und Wissenschaftsjournalist **Jan-Martin Wiarda** moderierte die Vertreter der Bildungsorganisationen und Gewerkschaften in einer ersten Diskussionsrunde. Diskutiert wurden vorwiegend Regelungen zur Weiterbildung mit: **Dr. Roman Jaich (verdi)**, **Ansgar Klinger (GEW)**, **Hans-Peter Eich (Bildungsmarkt e.V.)**, **Siegfried Schmauder (DWT)**.

In der zweiten Runde kamen die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitiker der Bundestagsfraktionen zu Wort, deren wesentliche Sprachbeiträge hier zusammengefasst sind:

**Dr. Stefan Kaufmann (CDU/CSU)** und **Martin Rabanus (SPD)** stellten als Vertreter der Regierungsparteien die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen zur allgemeinen Bildung (Investitionsoffensive Schule, ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote, Digitalpakt, Nationaler Bildungsrat) sowie zur beruflichen Bildung und Weiterbildung (Berufsbildungspakt, Stärkung der Berufsorientierung, Berufsbildung 4.0, Aufstiegs-BAföG, Allianz für Aus- und Weiterbildung) heraus und verwiesen auf die dafür erheblich gesteigerten Bundesmittel.

**Birke Bull-Bischoff (LINKE)** lobte die Absichten aus dem Koalitionsvertrag, bemängelte aber die wenig belastbaren Überschriften und Zahlen. Mit Hinweis auf die gestiegene Bildungsteilhabe kritisierte sie die von dem Bildungsforscher Klemm festgestellte „bedenkliche Konstanz der Ungleichheit“, die es immer schwerer mache, Menschen mit schwierigen Bildungsbiografien einzubeziehen.

**Dr. Jens Brandenburg (FDP)** stimmte dem zu und verwies darauf, dass das alte Modell „Schule/Ausbildung/Beruf bis zur Rente“ nicht mehr funktioniere und deshalb ein Gesamtkonzept notwendig sei, bei dem

auch die Hochschulen beteiligt sind.

**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (B'90/GRÜNE)** zeigte sich erstaunt, dass in der bisherigen Debatte die Zukunft der Arbeit und die damit einhergehenden massiven Veränderungen noch nicht benannt wurden. Szenarien über ein längeres Erwerbsleben einerseits und den Wegfall von Arbeitsplätzen aufgrund der Digitalisierung andererseits erforderten kontinuierliche Weiterbildung. Hinzu kämen weitere Zukunftsfragen wie Ökologie und Migration, die allesamt mit Weiterbildung zu tun hätten. Andererseits wisse er aus Gesprächen mit der Bundesagentur für Arbeit, wie schwierig es ist, Weiterbildung gerade für Geringverdiener attraktiv zu machen, solange es keine vernünftige soziale Absicherung während der Weiterbildungsphase gebe.

### Das Fazit

Fachleute bemängeln am Koalitionsvertrag, wie wenig konkret der Bildungsbereich ausgestaltet wurde. Die Branche fordert nicht nur Geld, sondern bundeseinheitliche Regelungen für die Weiterbildung, sie fordert ein Weiterbildungsgesetz.



Video-Ausschnitt per QR-Code



**Prof. i.R. Dr. Rolf Dobischat**  
Universität Duisburg-Essen  
Fakultät für Bildungswissenschaften



**Siegfried Schmauder**  
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft  
Deutscher Weiterbildungstag

## Unter Fachleuten immer noch umstritten – Teilqualifikationen

Berlin | Am 25. April fand ein nicht öffentliches Fachgespräch zum Thema Teilqualifikationen (TQ) statt. Teilqualifikationen werden ja in verschiedenen Modellversuchen seit langer Zeit in verschiedensten Zusammenhängen angeboten. Zurzeit könnten sie für Beschäftigte in Unternehmen, die sich „umqualifizieren“ müssen, für Geringqualifizierte, deren Arbeitsplatz gefährdet ist und für zugewanderte Menschen sinnvoll sein - das alles auch unter den Stichworten Fachkräftemangel und Digitalisierung.

Das Thema heißt „abschlussbezogene Qualifizierung“, Zielsetzung ist ein anerkannter Abschluss, der dann durch mehrere Module, eben Teilqualifikationen, erworben werden kann. Bei dem Gespräch, das mit verschiedenen Impulsen aus Modellversuchen und der Bundesagentur begann, waren etwa 70 Expertinnen und Experten aus Bundesagentur, Bildungsverband, BAG Arbeit, Qualinetz GmbH, Inbas GmbH, Paritätischem Gesamtverband und Bertelsmann-Stiftung, Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vertreten.

Die Industrie sieht TQ als positiv, um das Qualifikationsniveau der Beschäftigten zu erhöhen, ganz im Gegensatz zum Handwerk, das in seinem Impuls sehr stark auf die Wichtigkeit der vollständigen Ausbildungsberufe abhob. Diese Ausbildungsberufe seien Voraussetzung für die Berufstätigkeit im Handwerk mit seinem traditionellen Schwerpunkt Klein- und Kleinstbetriebe. Die Bundesagentur dagegen sieht Teilqualifikationen als eine

Die Industrie sieht  
Teilqualifikationen positiv,  
ganz im Gegensatz zum  
Handwerk.

positive Möglichkeit, um geringqualifizierte Kräfte zum Abschluss zu führen und Arbeitslosigkeit zu vermeiden beziehungsweise zu bekämpfen.

Die größte Kritik am Konzept und seiner Implementierung kam von Seiten des DGB: So wie das Thema implementiert wird, sieht man hier die Institutionen von Staat und Sozialpartnern (Bundesinstitut für Berufsbildung BiBB), Hauptausschuss mit Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften, letztlich das BMBF) ausgehebelt,

und zwar dadurch, dass Bundesagentur und Bertelsmann-Stiftung hier Fakten schaffen würden, die eigentlich nicht rechtlich-institutionell abgesichert seien.

In der Auswertungsrunde wurde deutlich, dass das Thema Transparenz der Teilqualifizierungsinhalte sowie eine zentrale Vorgabe von Modulen bezogen auf den Ausbildungsrahmenplan als positiv und notwendig angesehen wurde. Vorteile ergäben sich auf Seiten der Arbeitgeber, die Arbeitskräfte mit Befähigungen unterhalb der Vollausbildung suchen, und auch für Arbeitslose bzw. Arbeitnehmer, die so genauer ihren Berufs- und Lernweg planen könnten. Die Teilqualifizierung sollte also klar definierte Elemente der Vollausbildung abbilden und sich so von anderen Arten der Förderung beruflicher Weiterbildung (FBW) unterscheiden.

Teilqualifizierung bleibt ein spannendes Thema, angesichts von Fachkräftemangel, Digitalisierung und dem Erwerb von Abschlüssen in unserer „Zertifikatsgesellschaft“, die so großen Wert auf Zeugnisse und Bescheinigungen legt.

*Walter Würfel / Hans-Björn Glock*

Fortsetzung von Seite 1

## Vier vereinbaren enge Zusammenarbeit

gen, wie sie im aktuellen Koalitionsvertrag gemacht worden sind. In Gesprächen mit den Parlamentariern und Vertretern der Ministerien soll die Expertise der Verbände später eingebracht und positioniert werden.

### Fachveranstaltungen

Zu den wichtigen Themen Qualifizierung und Beschäftigung und zur sozialen Teilhabe werden derzeit gemeinsame Veranstaltungen geplant. Bestimmte förderrechtliche und programmspezifische Aspekte werden natürlich auch als wichtig erachtet, sie sollen mit den jeweiligen Akteuren angesprochen und problematisiert werden: etwa die Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen, die Handhabung von Bundesdurchschnittskostensätzen in der Förderung der beruflichen Weiterbil-

dung, Fragen des Eingliederungstitels und vieles mehr.

### Geschlossenes Auftreten

Wichtig ist, dass die vier Verbände gemeinsam auftreten, dass Politik und Administration erkennen, dass die Vier die wesentlichen Player im „Markt“ sind. Klar ist aber auch, dass jeder einzelne Verband mit seinem jeweiligen besonderen Profil auch nach wie vor sichtbar bleibt.

Bemerkenswert ist, dass BBB, EFAS, VdP und BAG Arbeit die weit überwiegende Mehrheit an Mitarbeitenden vertreten, die in der Arbeitsförderung, der nichtstaatlichen Bildung und der Integration in den Arbeitsmarkt tätig sind. Es handelt sich hier also um viele Tausende von Beschäftigten und damit auch um Hunderttausende von geförderten Menschen. Die Größe der

Verbände wird dazu beitragen, die enge Zusammenarbeit sowie die Vertretung und Durchsetzung ihrer Interessen deutlich zu befördern.

*Walter Würfel*

### BBB Info-Brief, Juni 2018

#### Herausgeber

BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.  
Vorsitzender des Vorstandes: Thiemo Fojkar  
Hannoversche Straße 19A · 10115 Berlin  
www.bildungsverband.info

#### Redaktion

Franz Siegert, Walter Würfel  
Telefon 030 20454849  
redaktion@bildungsverband.info

#### Fotos / Quelle

Knoch, Schmauder, Siegert, Uni Duisburg-Essen

#### Druck

GOB-Service · Hamburg

Nächster Redaktionsschluss: 20. Juli 2018